

# Amer Tageblatt

## Anzeiger für das Erzgebirge

Verlagspreis: Die Abonnementpreise sind für den Postbezirk des Reiches und für den Auslandbezirk verschieden. Einzelhefte sind zu 10 Pfennigen zu haben.

Verkaufsstellen: In allen größeren Städten und Orten sind Verkaufsstellen zu finden. Einzelhefte sind zu 10 Pfennigen zu haben.

Telegramme: Kageblatt 'Amerzgebirge'. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aus. Postbezirk: Amt Leipzig Nr. 1000

Nr. 8

Donnerstag, den 10. Januar 1924

19. Jahrgang

### Die ersten Aufgaben des Reiches.

In einer Unterredung mit dem Chefredakteur der Braunen Schwalbe Staatszeitung bezeichnet Reichsminister Dr. Brüning als die zwei wichtigsten Aufgaben der Reichsregierung die Sorge um Rhein und Ruhr und die Sorge um die wirtschaftliche Lebensfähigkeit des deutschen Volkes. Die Regierung suche mit allen Mitteln zu erreichen, daß unser Volk ohne schwere Schädigungen durch diesen Winter komme. Er freudlicherweise habe diese Kenntnis angenommen, daß es gilt, Opfer zu bringen, nachdem die deutsche Wirtschaft von dem obliegen Sturz in den Abgrund bewahrt worden sei. Dem kleinen Kreis von Schlemmern, der durch sein Treiben die Achtung zunichte zu machen drohe, die das deutsche Volk sich in der Welt zu erobern beginnt, werde die Regierung energisch zu Leibe gehen. Rhein und Ruhr und Reparationsfrage seien nach Wiederaufrichtung des deutschen Wirtschaftslebens die Hauptprobleme des deutschen Volkes, gegenüber denen alle anderen Fragen in den Hintergrund treten müßten.

Die Umgestaltung der Weimarer Verfassung und die Klärung des Verhältnisses zwischen Reich und Ländern sei eine weitere Aufgabe der Regierung, wobei als dringende Frage eine Neuordnung der finanziellen Beziehungen des Reiches zu den Ländern in Frage komme. Der Finanzminister des Reiches habe bereits mit den Ländern Rücksprache genommen. Eine Erörterung der weiteren inneren und äußeren politischen Probleme werde erforderlichenfalls ungeschwer folgen können, wobei die Aufrechterhaltung der Einheit der Nation als unser höchstes Gut nicht vergessen werden dürfe.

### Bürgerkriegsgeheze der Kommunisten.

In Bernburg kam es zu Arbeitslosen Demonstrationen vor dem Rathaus, die von der Polizei gestreut wurden. Es wurden mehrere Verhaftungen vorgenommen. Die sozialdemokratische „Volkswehr“ in Bernburg ist in der Lage den neuesten „Befehl“ des jetzigen Direktors der RPA., der an alle bisherigen Unterbezirke gelangt ist, mitzuteilen. Der Befehl lautet darauf hinzuwirken, unter allen Umständen den Bürgerkrieg in Deutschland zu verhindern. Das Blatt teilt daraus folgende Punkte mit:

Die Partei muß als die Straße geführt werden. Die Mitglieder müssen sich in jede Versammlung, selbst in die kleinste, mischen und dort eine der kommunistischen Sache entsprechende Haltung führen. Heberall müssen durch besondere Gruppen bis zu 100 Mann Versammlungen organisiert, Diskussionen, Schlichterungen usw. inszeniert und dadurch Reuegeister angezogen werden.

Arbeitslosenzentren müssen geschaffen werden. Heberallhin müssen Delegationen geschickt werden (Reparationsstellen, Reichstag), die bestimmte konkrete Forderungen vorzubringen haben.

Straßendemonstrationen sind zu organisieren, die von bewaffneten kommunistischen Abteilungen zu führen sind. Die kommunistische Partei muß die Straße beherrschen. Bei allen Demonstrationen auf der Straße muß sie die führende Rolle spielen. Nicht durch Streiks und Proteste kommt man bei der heutigen Wirtschaftslage zum Bürgerkrieg, sondern nur durch Demonstrationen wird dieses Ziel erreicht.

Syndikalistische Arbeiterwillige aus den Betrieben. In der Krefelder Textilindustrie ist es möglich zu Arbeitslosenstellen gekommen. Nach einer Meldung der „Krefelder Zeitung“ haben Syndikalistische, die aus Hochenergie gekommen waren, die Arbeiter unter Zwangungen, die Arbeit einzustellen und die Fabriken zu verlassen und die Krefelder Baumwollspinnerei stillgelegt. Auch in Merdingen nimmt der Streik an Ausdehnung zu.

Anfolge der Ausweitung der Arbeiter in der Krefelder Textilindustrie sind dort größere Unruhen ausgebrochen. Arbeitswillige und die technische Nothilfe wurden an der Arbeit gehindert. Im Verlaufe der Unruhen wurden auch Handläger von Maschinen entwaffnet. Daraus wurde eine Abteilung Reichswehr nach Neuhof entsandt, die durch Schutz und Landespolizei abgelöst werden soll. Nach dem letzten Abkommen soll Verhütung einströmen sein.

### Gehobte Kohlenförderung.

Auch in der vergangenen Woche hat sich die Kohlenförderung auf den Bechen im Gelsenkirchener Bezirk wesentlich gehoben. Trotz der wegen des Mangels an Kohle und der Transportverhältnisse eingesetzten Fehlschichten auf einer Reihe von Bechen betrug die Förderung am 31. Dezember noch 13199 Tonnen. Sie liegt in den ersten vier Arbeitstagen des neuen Jahres auf 21318 Tonnen arbeitsfähig. Im gleichen Zeitraum betrug die Herstellung von Kohle 1186 Tonnen am

31. Dezember und stieg auf 1240 Tonnen am 3. Januar. Geleider konnte eine weitere Einstellung von Arbeitslosen in dieser Förderperiode auf den Bechen nicht erfolgen. Die Zahl der Erwerbslosen beträgt nach wie vor 82192, während die Zahl der beschäftigten Bergleute 23463 beträgt.

### Anerkennung der Pfälzer Separatisten durch die Rheinlandkommission.

Oberleutnant Desfort, der französische Bezirksdelegierte von Zweibrücken, hatte bekanntlich den deutschen Behörden in Zweibrücken mitgeteilt, daß nicht die autonome Regierung, sondern allein die deutschen Behörden für den Bezirk zuständig seien. Nunmehr hat er in den pfälzischen Blättern in großer Aufmachung die Veröffentlichung folgender Verlautbarung veranlaßt:

Nachdem die interalliierte Rheinlandkommission die Bestimmungen der „Regierung der autonomen Pfalz“ die ihr von dieser zur Genehmigung unterbreitet wurde, am 2. Januar 1924 amtlich eingetragen hat, muß die Bekanntmachung des Delegierten von Zweibrücken vom 4. Januar 1924 an die dortigen bayerischen Behörden als null und nichtig betrachtet werden.

Das bedeutet die faktische Anerkennung der autonomen Regierung durch die Rheinlandkommission. An den Tatsachen und an der Rechtslage ändert diese „Anerkennung“ zwar nichts, sie ändert auch nichts an der tatsächlichen Macht der Separatisten, die seit je durch General Weis geschoben werden. Es hat sich nur wieder gezeigt, daß die Rheinlandkommission ein rein französisches Instrument ist, und es solange bleiben wird, als England und Italien durch wohlkollende Anbiederung die französische Militärdominanz fördern.

### Eine Zentrumsinterpellation über die Zustände in der Pfalz.

Die Reichstagsfraktion des Zentrums wird über die Vorgänge in der Pfalz an die Reichsregierung eine Interpellation richten, in der es heißt: Die in der bayerischen Rheinpfalz durch die Separatistenbewegung geschaffenen Zustände drängen mit Gewalt zur Katastrophe. Fast 700 000 treudeutsche Pfälzer werden von einer wunde verräterischen Gefährdung in brutaler Weise angegriffen, was nur dadurch möglich ist, daß die französische Besatzung dieses schändliche Treiben in kaum verhüllter Offenheit fördert. Dazu steigern die Besatzungsbehörden die Leiden und das Elend in der Pfalz durch immer neue räuberische Forderungen. So wird neuerdings von der interalliierten Rheinlandkommission in Koblenz auf Verlangen der französischen Regierung bis zum 15. Januar 1924 im Sinne einer Ausbeutung der Pfälzer ein Holzstich von 600 000 Kubikmeter Werks Holz im bestgen Gebiete verlangt, wovon auf den Pfälzer Wald allein zwei Drittel dieser Menge fallen. Welche verheerende Wirkung solche Raubausrottungen auf die Fruchtbarkeit und Wasserversorgung des ohnehin wasserarmen Pfälzer Landes ausüben, ist jedem klar. Sind der Reichsregierung diese fürchterlichen Zustände in der Pfalz bekannt? Ist sich die Reichsregierung im Bewußtsein mit der bayerischen Landesregierung zu tun, um wieder geordnete Verhältnisse und den Schutz der Menschenrechte in der Pfalz herbeizuführen?

### London fordert Aufklärung über Frankreichs Separatistenpolitik.

Sabas berichtet aus London, Informationen aus guter Quelle zufolge habe die englische Regierung bei der französischen Regierung mehrere Schritte unternommen um Erklärungen über die Haltung Frankreichs gegenüber den Separatisten in der Pfalz zu erlangen. Diese Schritte sollen von dem englischen Vorkonsul in Paris und dem englischen Oberkonsul in den Rheinlanden unternommen worden sein.

### Gereizte Sprache des Temps gegen England.

Der „Temps“ meldete, daß die englische Anfrage an die „Verbündeten“ Frankreichs, welche Rüstungsanlagen für die französischen Kredite gegeben seien, außer in Belgien auch in Ostpreußen, Brien und Warschau überreicht wurde. Der „Temps“ nennt den englischen Schritt unverständlich und weist daraufhin, daß Frankreich ein souveräner Großstaat sei, dessen Geldbeziehungen zu seinen „Verbündeten“ und Fremden nicht der englischen Kontrolle unterliegen. Der „Temps“ bringt in Verbindung hiermit die von England seit Dezember betriebene verstärkte Fortifikation der Küste von Dover und fragt, gegen wen die englischen Rüstungen gerichtet seien.

### Französische Militärkontrolle über die Kleine Entente.

Das britische Kriegsamt hat erfahren, daß der französisch-sowjetische Vertrag, obwohl er keine geheimen militärischen Klauseln enthält, dennoch den Einfluß des französischen Generalstabes über die Armeen der Kleinen Entente wesentlich verstärkt und dadurch Frankreich befähigt, seine eigene Armee um nahezu ein Drittel zu verringern. Durch eine Reihe von Verträgen übernimmt der französische Generalstab die Kontrolle aller Armeen der Kleinen Entente und diese würden daher, wenn von Österreich und Italien Verteidigungen drohen, Frankreich zur Verfügung stehen. Frankreich hat sich dagegen verpflichtet, die Kleine Entente zu unterstützen. Ein gemeinsamer Generalstab für die Armeen der Kleinen Entente wird unter französischer Kontrolle von Prag aus seine Tätigkeit ausüben. Es ist in London ferner bekannt, daß, obwohl Frankreich 42 Bataillone aufgestellt hat, die Offiziere dieser Bataillone anderen Regimenten zugeteilt wurden und daß die Tanktruppen, die Artillerie, die Flugzeuge sowie die technischen Abteilungen nicht vermindert werden.

### Frankreich erweitert die Luftflotte.

Wie das Pariser „Echo“ meldet, sind für die Marineleitung bis Ende 1924 insgesamt 124 neue Flugzeuge in Bau gegeben worden. In Lille und Calais werden am 1. April neue Flughäfen errichtet.

### Der Frankensturz.

In Paris sind seit 1. Januar alle Preise für die notwendigen Lebensmittel um 80 bis 100 Prozent bis 120 Prozent gestiegen. Am Dienstag hat in Paris die Dollarpapier auf 20,60, die Hundspapier auf 88,50 angezogen. Im Preisverkehr wurden Säge zwischen 21 und 22,5 pro Hektar und 80 pro englischer Hektar genannt.

Die Angriffe des französischen Finanzministers auf die amerikanische Bankiers in Frankfurt, die beschlossen haben, den Franken zu stützen, habe nie stattgefunden. Auch würde die wirtschaftliche Lage Deutschlands einen Einfluß auf den Frankensturz gar nicht ermaßlichen. Gegenüber der Behauptung, Deutschland habe keine Reparationsverpflichtungen nicht erfüllt, verwies der Minister auf das Urteil des amerikanischen Institutes of Economy, wonach Deutschland bereits mehr als 25 Milliarden Goldmark gezahlt habe. Die wirkliche Ursache des Frankensturzes sei lediglich die wachsende Umverteilung der geschäftlichen Interessentenkreise aller Länder gegen die Militärpolitik Frankreichs, wie sie aus der Tatsache hervorgehe, daß Frankreich an die Kleine Entente eine Anleihe von 800 Millionen Franken für Rüstungszwecke gegeben habe. Der wirtschaftliche Hauptgrund für den Rückgang des Franken sei die Rückverteilung der an Rhein und Ruhr betriebenen verfallenen Anleihenpolitik. Solange diese Politik andauere, werde der Sturz des Franken nicht aufzuhalten sein.

### Regieburkratismus — das Unglück des Ruhrgebietes.

Die Wafeler „Nationalzeitung“ berichtet aus dem Ruhrgebiet über die unhaltbaren Zustände, die durch die französische Regie in dem dortigen Bereich eingegriffen sind. Nach Widerlegung französischer Beschönigungsversuche heißt es in dem Artikel u. a.: Die wirklichen Ursachen dieses Verfalls liegen ganz einfach in der Regie selbst. Zur Sachkenntnis kommt der Bürokratismus. Deutsche Beamte, die in jahrelanger Arbeit geradezu Spezialisten dieses komplizierten Betriebes geworden sind, müssen oft stundenlang warten, bis ihr Chef ihnen den Befehl gibt, was dem, was sie für richtig halten, das — Gegenteil zu tun. Genau so aber sehen sich Bürokratismus und Sachkenntnis in die obersten Verwaltungsinstanzen der Regie fort. Die örtlichen Stellen haben nicht etwa die Befugnisse und Vollmachten, wie sie in der deutschen Verwaltung üblich sind; alles wird von der obersten Behörde in Mainz verfügt. Bereits drei Gesellschaften haben an der Regie Werte gemacht während eine vierte nur durch das Versprechen Poincares gehalten werden soll, daß die Verwaltungskosten der Regie zu den Befugnisstellen zu rechnen und daher von der Reichsregierung zu ersehen seien. Es ist durchgeföhrt, daß die Ausgaben der Regie nur zu einem Fünftel durch Einnahmen gedeckt sind. Wenn im Ruhrgebiet wieder erträgliche Zustände kommen sollen, muß die Leitung des Verkehrs wofens wieder in deutsche Hände gelegt werden.

### Rückwärts zum Düsselbacher Schuppenprozeß.

Gegen eine Reihe von Beamten, die im Düsselbacher Schuppenprozeß verurteilt worden sind, vorläufig die französische

ten.  
Sofortgeh.  
bedrängtes  
indiv. allg.  
Nach die  
Die Besetz.  
nach für das  
in Kriegs  
ändern de.  
sch dieser  
Wahnpolitik  
von deutscher  
Behauptung  
von der Wan.  
Kampagne  
Anleitung in  
erung pläne  
Belebe gegen  
Wahlung  
durchschnittl.  
Telephon.  
das Kalen.  
en, die er.  
Juli, 11.  
richtigen hat.  
0.40 Gold.  
erschuld zu  
ein Wert.  
2 zugrunde  
für jede  
13 Jahres.  
festgestellt.  
29 einbehal.  
7. ds. Wis.  
lung in be.  
nach dem  
Selbmann.  
b. S. Aus.  
nen  
kten  
ich  
fer  
erspr 15  
m:  
ske  
er  
stein.  
klus:  
Uhr.  
Bedens  
umgebung  
ter,  
tann.  
it erben